https://www.juedische-allgemeine.de/politik/offener-brief-an-fu-praesidenten-hoeren-sie-endlich-auf-antisemitismus-zu-relativieren-ziehen-sie-endlich-konsequenzen-gegen-die-antisemiten/

Ziehen Sie endlich Konsequenzen gegen die Antisemiten!

Nach Attacke: JSUD übt Kritik an Günter Ziegler im Umgang mit judenfeindlichen Ausschreitungen an der Uni

04.02.2024 21:22 Uhr

Sehr geehrter Herr Professor Ziegler,
vor wenigen Wochen schrieb der Vizepräsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Noam Petri, einen Offenen Brief an Sie wegen der desolaten Zustände an der Freien Universität Berlin. Wenige Tage später sollten Sie sich live in der RBB-Abendschau begegnen. Noam Petri sagte aufgrund des Shabbats ab. Ein anderer Termin ließ sich leider nicht finden, sodass Petri vormittags vor Shabbat interviewt worden ist und Sie abends live reagierten.
In diesem kurzen Interview boten Sie Petri öffentlich ein Gespräch an, das er dankend annahm. Geplant war ein Treffen am 25. Januar, bei dem Sie von Ihrem Vizepräsidenten Professor Chojnacki und Noam Petri von Lior Steiner, einem jüdischen FU-Studenten, begleitet werden würden. Bedauerlicherweise sagten Sie einen Tag vorher »aufgrund einer notwendigen terminlichen Umorganisation« ab und wollten einen neuen Terminvorschlag machen.
Bis heute hat Petri keinen weiteren Terminvorschlag erhalten. Zeitgleich erschien ein Artikel im »Tagesspiegel«, der von Ihrer Unzufriedenheit mit der Berichterstattung über Ihre Universität berichtete. Sie kommentierten eine Reportage des ZDF-Magazins »Frontal«, in der Studenten Ihrer Universität zu Wort kamen, wie folgt: »Medial wird der Anschein erweckt, dass Antisemiten ungehindert auf dem Campus agieren. Das gibt ein falsches Bild wieder.«
Wie schon den Ausschluss jüdischer Studenten während der Hörsaal-Besetzung leugnen Sie nun die Tatsache, dass Antisemiten ungehindert antisemitische Plakate auf dem Campus verteilen oder Studenten bedrohen. Lügen etwa die Studenten?
Des Weiteren setzen Sie linksextreme, pro-palästinensische Hörsaalbesetzer mit pro-israelischen Studenten gleich: »Hingegen gibt es auf beiden Seiten des Konflikts eine sehr kleine Anzahl an Personen, die polarisieren und provozieren, die – das haben wir leider lernen müssen – nicht an Lösungen und Dialog interessiert sind.« Wenige Absätze später geben Sie zu, dass an der Besetzung externe Gruppen wie »Young Struggle« und »ZORA« beteiligt waren. Die erste Gruppierung ordnet der Verfassungsschutz den »relevanten Akteuren des auslandsbezogenen Extremismus« zu. Bei der zweiten Gruppierung fand Mitte Dezember eine Razzia aufgrund von Verherrlichung der palästinensischen Terrororganisation PFLP statt.
Bei keiner Demonstration der überparteilichen Bewegung »Fridays for Israel« kam es zu Rechtsbrüchen oder Gewalt. Neben einigen Bundestagsabgeordneten sprach die Bundesministerin für Bildung und Forschung auf einer der vielen Demonstrationen. Bei den Veranstaltungen der neuen, überkonfessionellen Hochschulgruppe »Chaverim« (Hebräisch für Freunde) ist jeder willkommen. Am 25. Januar fand eine Podiumsdiskussion statt, die von einem Professor Ihrer Universität moderiert wurde. Jeder war eingeladen, teilzunehmen und mitzudiskutieren. Erkennen Sie wirklich nicht den Unterschied zwischen den zwei Lagern?

Etwas später heißt es in Ihrem Schreiben: »Wir nehmen die Sorgen jüdischer Studierenden ernst und ergreifen immer dann Maßnahmen, wenn wir sie für nötig und angebracht halten.« Eine Exmatrikulation sei aufgrund des Berliner Hochschulgesetzes nicht möglich.

Das Aussprechen eines Hausverbotes bleibt jedoch möglich. Ab wann halten Sie es für »nötig und angebracht«, ein Hausverbot auszusprechen? Reichen eine Hörsaalbesetzung, eine Kooperation mit extremistischen und terrorverherrlichenden Gruppierungen und Gewaltandrohungen gegen Studenten nicht aus?

Es wird noch schlimmer: In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde ein jüdischer FU-Student von einem pro-palästinensischen FU-Studenten in Berlin-Mitte Krankenhausreif geschlagen. »Wir sind tief betroffen. Die Freie Universität Berlin steht für Offenheit und Toleranz und distanziert sich von jeglicher Form von Hetze und Gewalt«, heißt es unter einem Tweet von Noam Petri. Bisher erfolgte kein weiteres offizielles Statement.

Sehr geehrter Herr Professor Ziegler, die Freie Universität steht seit Monaten für Offenheit und Toleranz gegenüber Antisemiten. Bis heute verbreiten diese Antisemiten ihren Hass auf Ihrem Campus. Bis heute wurde kein Hausverbot ausgesprochen. Es geht um Leute, die einen Hörsaal besetzt haben. Es sind Leute, die mit extremistischen Gruppen kooperieren. Leute, die nicht nur Gewalt androhen, sondern auch anwenden. Hören Sie endlich auf, die Dinge zu relativieren oder zu leugnen. Ziehen Sie endlich Konsequenzen gegen die Antisemiten!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)